

„Dieses Land muss Chancen bieten“

Experten loben Projekte, die Flüchtlinge in Arbeit vermitteln – sehen aber noch viele Probleme

VON UWE KREUZER

Hannover. Computerfachleute aus dem Iran fahren in Deutschland Taxi. Jugendliche verlieren einen Ausbildungsplatz, weil sie den Wohnort nicht wechseln dürfen. Menschen droht die Abschiebung, weil sie arbeiten, aber vom Niedriglohn ihre Familie nicht ernähren können. Über die Tücken des Ausländerrechts haben sich gestern rund 100 Fachleute im Neuen Rathaus in Hannover ausgetauscht. Der Schwerpunkt lag auf der Situation „Geduldeter“.

Ziel der Veranstaltung mit dem langen Namen „Integration von Flüchtlingen in Arbeit und Ausbildung – Meilensteine und Stolpersteine in Niedersachsen und Bremen“ war es, Bilanz unter ein Projekt des Europäischen Sozialfonds (ESF) zu ziehen, das einen noch längeren Namen hat: „ESF-Bundesprogramm zur arbeitsmarktlichen Unterstützung für Bleibeberechtigte und Flüchtlinge mit Zugang zum Arbeitsmarkt“.

Bisher nur geduldete, also illegal in Deutschland lebende und jederzeit von Abschiebung bedrohte Menschen, dürfen seit einer Gesetzesänderung von 2007 arbeiten und eine Berufsausbildung beginnen – vorher konnten sie keine Arbeitserlaubnis bekommen. „Bleiberecht auf Pro-

be“ nennt sich das neue Modell, denn die bundesweit 80 000 bis 100 000 betroffenen Menschen müssen bis Ende dieses Jahres einen festen Arbeitsplatz vorweisen und mit dem Gehalt ohne Staatshilfe ihre Familien ernähren können – dann erhalten sie die Aufenthaltsgenehmigung.

Das ESF-Programm soll bei der Vermittlung von Arbeitsstellen helfen – mit Einzelfallbetreuung, Bewerbungstrainings und Sprachförderung. Rund 12 000 Teilnehmer zählten die etwa 220 Projekte bisher in Deutschland, etwa die Hälfte konnte vermittelt werden. In Niedersachsen und Bremen liegen die Quoten wohl etwas niedriger, wie die niedersächsische Sozialministerin Aygül Özkan (CDU) und die Bremer Senatorin Ingelore Rosenkötter (SPD) mitteilten. Sie sprachen von rund 40 Prozent, bei 1653 Teilnehmern in beiden Ländern entspricht das 650 Vermittlungserfolgen. Sabine Baun, beim



Die Bremer Senatorin Ingelore Rosenkötter und Kai Weber vom Flüchtlingsrat Niedersachsen.

Bundessozialministerium für die ESF-Programme zuständig, rechte fertigte den Einsatz von bisher 34 Millionen Euro. „Das sind keine Kosten“, sagte sie, bei gelungener Integration werde das Geld anderswo gespart. „Man muss bedenken, was wir uns eigent-

lich für einen Irrsinn leisten, wenn wir Leuten verbieten zu arbeiten und sie dann finanziell unterstützen müssen.“

„Dieses Land muss Chancen bieten, und die Chancen müssen angenommen werden“, sagte Özkan. Rosenkötter betonte die Bedeutung von Arbeit – sie erst ermögliche, „Leben selbstständig zu gestalten“. Die Politikerinnen freuten sich über den Mentalitätswandel in der Politik. „da hat sich einiges bewegt“, sagte Özkan, Integration habe an Bedeutung gewonnen. Hannovers Oberbürgermeister Stephan Weil forderte weitere Anstrengungen, die alternde Gesellschaft müsse schon aus Eigennutz mehr für den

Berufserfolg von Ausländern tun: „Wir brauchen hier künftig jeden Menschen.“

Das Förderprogramm, das für die gerade begonnene zweite Runde von EU und Bund 50 Millionen Euro erhält, kann viele Probleme aber nicht lösen: Projektvertreter verurteilten die starre Fristenregelung – die Betroffenen hätten nach Jahren in der erzwungenen Erwerbslosigkeit mit vielen Schwierigkeiten bei der Arbeitsplatzsuche zu kämpfen. Kai Weber vom Flüchtlingsrat listete die Probleme auf: Wohnsitzauflagen verhindern Arbeit in anderen Städten, weil Umzüge nicht erlaubt werden. Das Vorrangrecht für Deutsche führe mitunter dazu, dass Arbeitgeber ausländische Bewerber auch dann nicht einstellen dürfen, wenn sich gar kein Deutscher beworben habe. Arbeitgeber könnten die Flüchtlinge erpressen, weil diese vom Arbeitsplatz abhängig seien – ihr Aufenthaltsstatus sei schließlich an die Arbeitsstelle gekoppelt. Und immer noch sei die Anerkennung ausländischer Berufs- und Hochschulabschlüsse nur selten möglich. „Da werden Ressourcen verschenkt“, sagte Weber. Immerhin, so war von einem Vertreter der Bundessozialministeriums zu erfahren, ist seit Oktober ein erster Entwurf für ein Bundesgesetz im Umlauf, das die Anerkennung von Abschlüssen erleichtern soll.

Fenster schließen

Ausschnitt drucken